

Zukunft gestalten im

Kommunalwald



Neue Ideen
verbinden Forstwirtschaft
und Waldnaturschutz



Impressum

© 2013, NABU-Bundesverband

Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.
www.NABU.de

Charitéstraße 3
10117 Berlin
Tel. 030.28 49 84-0
Fax 030.28 49 84-20 00
NABU@NABU.de

Text: Stefan Adler, Julia Degmair
Redaktion: Julia Degmair, Anna-Beeke Gretemeier, Jasmin Singgih
Gestaltung: Kirstin Weppner, www.kirstinweppner.com



Druck: Oktoberdruck AG, Berlin, zertifiziert nach EMAS; gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“
1. Auflage 02/2013

Bezug: Die Broschüre erhalten Sie kostenlos (zzgl. Versandkosten) beim NABU Natur Shop, Gutenbergstr. 12, 30966 Hemmingen, Tel. 0511.89 81 38-0, Fax 0511.89 81 38-60, Info@NABU-Natur-Shop.de oder unter www.NABU.de/shop. Art.-Nr. 5245



Die Erstellung und Veröffentlichung dieser Broschüre wurde gefördert durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Die in der Broschüre geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Fördermittelgebers übereinstimmen.

Bildnachweis:

Titel: großes Bild: F. Hecker, kleine Bilder von li. nach re.: Blickwinkel/McPhoto, M. Delpho, Blickwinkel/H.-P. Oetelshofen; S. 2, 3 und 4: F. Hecker; S. 5 li.: NABU/Die Hoffotografen, re.: GfTB-RP; S. 6: Blickwinkel/McPhoto, iStockphoto/morgan; S. 7 o.: F. Hecker, u.: S. Sczepanski; S. 12: Kreisforstamt Heilbronn; S. 13, 14, 15 o.: NABU/S. Sczepanski; S. 15 u.: Blickwinkel/S. Gerth; S. 17 o. und u.: NABU/S. Sczepanski, Bilder 2 und 3: O. Haarmann; S. 18: Grün und Gruga Essen; S. 19 o.: Grün und Gruga Essen, u.: N. Böskes; S. 20 bis 23: NABU/S. Sczepanski; S. 24 von li. nach re.: S. Sczepanski, M. Delpho, ILN Bühl; S. 25 von o. nach u.: S. Sczepanski, Blickwinkel/McPhoto, M. Delpho; S. 27: S. Sczepanski; U4: M. Delpho

Der Gemeinsame Forstausschuss der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“ vertritt den Kommunalwald in der Bundesrepublik Deutschland, der rund 20 Prozent der Waldfläche einnimmt. Er ist damit auf Bundesebene die repräsentative Interessenvertretung Wald besitzender Städte und Gemeinden und setzt sich aus Vertretern des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), des Deutschen Städtetages (DST) und des Deutschen Landkreistages (DLT) zusammen. Ziele des Ausschusses sind die Förderung der forstwirtschaftlichen, vermögensrechtlichen und wirtschaftlichen Belange der rund 12.000 Wald besitzenden Kommunen. In dieser Broschüre wird die Abkürzung DStGB stellvertretend für den Forstausschuss „Deutscher Kommunalwald“ verwendet.

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|--|
| <p>5 Vorwort</p> <p>Schatzkammern vor der Haustür
6 Kommunalwälder
Wertvoll, vielfältig, unverzichtbar</p> <p>Erhaltung und Entwicklung
8 Zukunft gestalten im Kommunalwald
Acht Thesen zu gemeinsamen Perspektiven und Herausforderungen</p> <p>Innovative Kommunalwaldbetriebe
12 Betriebsziel: Dicke Bäume
Die Holzvermarktung im Kreisforstamt Heilbronn/Baden-Württemberg</p> <p>14 Ohne Nutzung Geld verdienen
Das Projekt „Wilde Buche“ der Gemeinde Hümmel/Rheinland-Pfalz</p> <p>16 Wald 2.0 – Waldbesitz neu gestalten
Das Genossenschaftsmodell des Stadtforstamts Remscheid/Nordrhein-Westfalen</p> | <p>18 Der Wille des Waldbesitzers
Das Bürgerbeteiligungskonzept der Stadt Essen/Nordrhein-Westfalen</p> <p>20 Wald als Pflichtfach
Das Schulwaldprojekt der Waldhofschule in Templin/Brandenburg</p> <p>22 Windbündnis für Waldschutz
Solidarpakte für Windkraftanlagen in Kastellaun/Rheinland-Pfalz</p> <p>Visionen und Erfahrungen
24 Die Waldwirtschaft von morgen
Visionen und Forderungen aus Sicht des NABU</p> <p>25 Wie geht es Ihrem Kommunalwald?
Teilen Sie dem NABU Ihre Erfahrungen mit</p> <p>Weitere NABU-Publikationen zum Thema Wald
26 Informieren und engagieren</p> <p>27 NABU vor Ort</p> |
|---|--|



Kommunalwald: Chancen für Vielfalt

Das Interesse am Wald hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Die Nachfrage nach Holz als Rohstoff, auch im Rahmen der Energiewende, ist weiter gestiegen. So auch die Preise. Forstwirtschaft lohnt sich in den meisten Fällen finanziell wieder.

Nach wie vor besuchen wir Bürger gerne den Wald als Ort der Erholung und für sportliche Betätigungen. Neben dem Joggen und Walken nehmen auch Sportarten wie Mountainbiking und Geocaching im Wald zu. Gleichzeitig ist der Wald das natürlichste Ökosystem in Deutschland und stellt für eine Vielzahl von Tier-, Pflanzen- und Pilzarten einen unverzichtbaren Lebensraum dar. Doch auf Grund der historischen und aktuellen Waldnutzung unterscheiden sich die Waldstrukturen heute deutlich von denen der für Mitteleuropa typischen Urwälder, die heute nur noch rudimentär in Osteuropa zu finden sind. Das Fehlen von urwaldtypischen Strukturen im deutschen Wirtschaftswald führt aus Sicht des NABU zu langen Roten Listen, denn heute sind zahlreiche Arten in ihrer Existenz bedroht!

Das Verhältnis zwischen Naturschützern und Waldbewirtschaftern ist traditionell von Interessenskonflikten geprägt. So wird zum Beispiel gerade intensiv um die forstwirtschaftliche Nutzung alter Laubwälder und um die Ausweisung neuer Waldschutzgebiete gestritten: Naturschutzverbände fordern einen Einschlagstopp alter Laubholzbestände, die Forstwirtschaft möchte diese sich in der wirtschaftlichen Optimalphase befindenden Wälder nutzen und verjüngen. Ein weiteres aktuelles und in vielen Regionen Deutschlands emotional diskutiertes Thema sind Windkraftanlagen im Wald, die zu neuen Herausforderungen führen. Lösungen müssen diskutiert werden.

Beiden Partner, dem NABU sowie dem Forstauschuss der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“, ist der Dialog mit allen Akteuren wichtig. Es ist kein Zufall, dass gerade der Kommunalwald, der eine Brückenfunktion zwischen den Waldeigentumsarten einnimmt, um eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden bemüht ist. Die Kommunalparlamente spiegeln gesellschaftspolitische Diskussionsprozesse, die durch die Anforderungen an eine nachhaltige Waldbewirtschaftung entstehen, unmittelbar wider. Vor diesem Hintergrund ist das gemeinschaftlich erarbeitete Thesenpapier zu gemeinsamen Perspektiven und Herausforderungen im Kommunalwald von NABU und DStGB in besonderer Weise bemerkenswert.

In dieser Broschüre stellen wir Ihnen die Ergebnisse dieses Projektes vor. In drei Fachforen konnte in konstruktiven Dialogen Verständnis für die jeweils andere Position aufgebaut werden.

Wir möchten Sie als Bürger, als Förster oder als Vertreter der Politik dazu anregen, der Bedeutung des Kommunalwaldes für die Natur, die biologische Vielfalt, aber auch für uns Menschen wieder mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Gestalten Sie die Entwicklung des Waldes bei Ihnen zu Hause positiv mit.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen, lassen Sie sich inspirieren!

Olaf Tschimpke

Winfried Manns



Regionale Holzindustrie liefert Brennholz und Arbeitsplätze (links).
Der Wald vor Ihrer Haustür: kostenloses Erholungszentrum und großer Abenteuerspielplatz (rechts).

Kommunalwälder Wertvoll, vielfältig, unverzichtbar

Tag für Tag erbringen Wälder Leistungen, die für uns Menschen unverzichtbar sind. Sie stellen kostenlos saubere Luft und sauberes Wasser bereit, schützen vor Hochwasser, binden klimaschädliches CO₂, sind der Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen und sie liefern wertvolle Ressourcen wie Holz und Wildfleisch.

Knapp ein Drittel der Fläche Deutschlands, ungefähr 111.000 Quadratkilometer, ist mit diesem einzigartigen Ökosystem bedeckt. Damit ist Deutschland eines der walddreichsten Länder Westeuropas.

Nach seinem jeweiligen Eigentümer wird der Wald unterschieden in Bundes-, Landes-, Kommunal- und Privatwald. Bundes-, Landes- und Kommunalwälder werden auch als „öffentliche Wälder“ bezeichnet, sie dienen in besonderem Maße dem Gemeinwohl der Menschen.

Vor allem dem Kommunalwald kommt eine einzigartige Bedeutung zu, denn er gehört den Bürgerinnen und Bürgern einer Stadt oder Gemeinde. Sein Wert für sie ist vielfältig: Die Waldbewirtschaftung sichert lokale Arbeitsplätze und versorgt die regionale Holzindustrie mit Rohstoffen. Die Einnahmen aus seiner Nutzung fließen direkt in den kommunalen Haushalt. Für die Bevölkerung ist ihr Stadtwald die „Wellness-Oase“ um die Ecke, dort können sie sportlich aktiv sein oder einfach nur entspannen. Immer mehr Menschen nutzen den kommunalen Wald auch, um Brennholz zu gewinnen und damit den hauseigenen Energiebedarf oder zumindest einen Teil davon zu decken. Doch er bietet nicht nur materiell eine Menge, viele Menschen sind auch emotional eng mit dem Wald vor ihrer Haustür verbunden. Sein stets unverwechselbares „Gesicht“ prägt ihr Heimatgefühl und nicht zuletzt hängen oft wertvolle Kindheitserinnerungen mit dem „eigenen“ Wald zusammen.

Noch immer ist der Wald einer der natürlichsten Lebensräume. In naturnahen mitteleuropäischen Wäldern kommen gut 14.000 Pflanzen- und Pilzarten sowie mehr als 7.000 Tierarten vor. Viele von ihnen sind auf naturnahe Wälder angewiesen, um überleben zu können. Doch trotz der Bemühungen der letzten zwei Jahrzehnte die Entwicklung naturnaher Wälder zu fördern, dominieren vielerorts noch immer naturferne Monokulturen aus Fichte und Kiefer. Dadurch stehen heute viele Waldarten auf der Roten Liste.

Internationale und nationale Strategien, wie zum Beispiel die Nationale Biodiversitätsstrategie (NBS), sollen diesen Artenverlust stoppen. Um dieses Ziel zu erreichen, spielen Kommunalwälder eine wichtige Rolle. Schließlich sind rund 20 Prozent der Waldfläche Deutschlands in kommunaler Hand – mehr als zwei Millionen Hektar! Werden hier wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen, können diese Wälder einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Artenvielfalt leisten. Dies ist umso bedeutender, weil Stadt- und Gemeindewälder über ganz Deutschland flächig verteilt sind und deshalb Waldgebiete sehr gut miteinander vernetzen können. Gefährdete Arten könnten sich so wieder ausbreiten und in ihren Beständen zunehmen.

Der Kommunalwald – ein Multitalent in Not?

Der Gürtel vieler Kommunen ist heute schon eng geschnallt. Der demografische Wandel, eine hohe Haushaltsverschuldung und steigende Ausgaben für Infrastruktur und Soziales führen dazu, dass immer weiter rationalisiert werden muss. Für den gemeindeeigenen Wald kann das schwerwiegende Folgen haben – von Stellenabbau der Waldarbeiter bis hin zum Flächenverkauf an Privatinvestoren.

Diese möglichen Entwicklungen sind umso problematischer, weil den Städten und Gemeinden bei der Umsetzung der NBS eine Schlüsselrolle zukommt. Denn nur das, was auf der lokalen Ebene tatsächlich umgesetzt wird, hilft auch. Daher ist es besonders wichtig, dass die Wälder naturnah bewirtschaftet werden und im Besitz der Gemeinden bleiben. Gleichzeitig repräsentieren Kommunen jene politische Ebene, die den Menschen am nächsten steht. Es liegt also auch in ihrer Hand, das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der biologischen Vielfalt und eine umfassend nachhaltige Waldbewirtschaftung zu stärken.

Damit der Spagat zwischen den verschiedenen Ansprüchen an den Kommunalwald gelingen kann, fordern NABU und DStGB sichere Rahmenbedingungen für Kommunen und Waldgebiete und warnen davor, in Zukunft am Schutz des Waldes zu sparen.

Gemeinsame Ziele fördern – Lösungswege entwickeln

Der NABU ist sich der großen Herausforderungen, vor denen die Kommunalwälder stehen, bewusst. Ebenso klar ist jedoch, dass der Lebensraum vieler Tiere und Pflanzen gesichert werden muss. Der NABU hat sich deshalb im Rahmen mehrerer Fachgespräche gemeinsam mit kommunalen Waldbesitzern und Bürgermeistern, mit Akteuren aus der Politik, forstlichen Verbänden auf Landes- und Bundesebene, kommunalen Waldbewirtschaftern und Naturschutzexperten intensiv mit den aktuellen Entwicklungen auseinandergesetzt und gemeinsam mit den Akteuren nach Lösungswegen gesucht.

Als Ergebnis hat der NABU gemeinsam mit dem Forstausschuss der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“ acht Thesen zur Zukunft des Kommunalwaldes formuliert. Sie finden sie auf den folgenden Seiten.

Der nächste Schritt muss nun sein, aktiv Projekte anzustoßen und umzusetzen. In der vorliegenden Broschüre möchten wir Ihnen, als Politiker, Förster oder Bürger, ausgewählte Projekte vorstellen, die wir als besonders innovativ und zukunftsfähig ansehen. Sie sollen Ihnen Anregungen geben, wie auch Sie die Zukunft Ihres Waldes positiv gestalten können. Der Gewinn liegt nicht nur auf der ökologischen Seite, auch wirtschaftlich und sozial stellen die Projekte einen Mehrwert dar. Sie zeigen die große Bandbreite der Möglichkeiten von der Entwicklung von Bürgerbeteiligungskonzepten über ein neues WaldbesitzermodeLL bis hin zur gewinnbringenden Umweltbildung in einem Schulwaldprojekt. Sie alle eint das Ziel, mit neuen Ideen ihren Kommunalwald dauerhaft zu erhalten und als wertvollen Lebens-, Wirtschafts-, Erholungs- und Bildungsraum zu schützen.



In unseren naturnahen mitteleuropäischen Wäldern leben um die 14.000 Pflanzen- und Pilzarten sowie mehr als 7.000 Tierarten.

Zukunft gestalten im Kommunalwald

Acht Thesen zu gemeinsamen Perspektiven und Herausforderungen

Mit rund einem Fünftel der Waldfläche in Deutschland sind Städte und Gemeinden bedeutende Waldbesitzer. Ihnen kommt beim Schutz der biologischen Vielfalt eine besondere Rolle zu. Gleichzeitig sind Kommunalwälder auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Dies gilt vor allem für Gemeinden in ländlichen Regionen. In städtischen Gebieten erfüllen sie darüber hinaus wichtige soziale Funktionen. Viele Kommunen stehen in den kommenden Jahren jedoch vor großen Herausforderungen: Demografischer Wandel, hohe Verschuldung und steigende Ausgaben für Infrastruktur und Soziales führen zu einem enormen Rationalisierungsdruck. Gleichzeitig wachsen auch die gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald als Ort der Erholung, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen und als Rohstoff- und Energielieferant. Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen formulieren der NABU und der Forstausschuss der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“ acht gemeinsame Thesen.

These 1

Der Kommunalwald ist als wertvoller Vermögensbestandteil zu erhalten. Er ist bürgernah und ein Beispiel für Anteilnahme und stetige Beteiligung der lokalen Bevölkerung. Seine nachhaltige, naturnahe Bewirtschaftung kann ein Modell für den verantwortungsbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen, auch im Sinne der Generationengerechtigkeit, sein.

Begründung:

Vielerorts besteht eine besonders enge Verbindung der Kommunen und der Bevölkerung zu ihrem Wald. Der Spardruck auf die öffentlichen Haushalte wird am Kommunalwald jedoch nicht unbemerkt vorbei gehen. Bereits heute stehen viele Kommunen vor der Herausforderung, steigende Ausgaben für Infrastruktur und Soziales mit sinkenden Steuereinnahmen zu vereinbaren. Einige Kommunen denken darüber nach, mit dem Verkauf ihres Kommunalwaldes kurzfristig Haushaltsdefizite zu decken. Damit würden die Perspektiven und die Gestaltungsspielräume, die mit dem eigenen Waldbesitz verbunden sind, für zukünftige Generationen eingeschränkt.

In Zukunft wird es darauf ankommen, v. a. die jüngere Generation für den Wald als Lebensraum, Wirtschaftsfaktor und als Ort der Naturerfahrung zu begeistern. Kommunale Forstbetriebe können durch Umweltbildung, Naturpädagogik und Angebote im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

These 2

Im Kommunalwald gelten die Grundprinzipien der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung. Der Gemeinderat bestimmt die Ziele für den Kommunalwald. An diesen Zielen richtet sich auch die Bewertung des betrieblichen Erfolgs aus.

Begründung:

Die gewählten Repräsentanten in den Stadt- und Gemeinderäten sind in ihren Entscheidungen über den Kommunalwald im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben souverän und können eigene Schwerpunkte für dessen Nutzung festlegen. Der Erfolg des Kommunalwaldes definiert sich damit nicht allein über die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse des jeweiligen Forstbetriebs im Bereich der Rohstoffproduktion, sondern auch über die erreichten individuellen Ziele der Gemeinde in den Bereichen Ökologie und Soziales.

These 3

Der Kommunalwald ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Dieses Gemeinwohl hat eine ökologische, eine soziale und eine ökonomische Dimension. Es bleibt die zentrale Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger auch in schwierigen Zeiten einen ausgewogenen Ausgleich zwischen diesen drei Dimensionen herzustellen.

Begründung:

Die Landeswaldgesetze sehen im Regelfall eine gestaffelte Gemeinwohlverpflichtung der Waldeigentumsarten vor. Danach dient der Staatswald dem Gemeinwohl in besonderem Maße, der Kommunalwald ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Insoweit steht der Kommunalwald dem Staatswald nahe. Vergleichbar mit privaten Waldeigentümern muss die Waldbewirtschaftung für die einzelne Kommune zu wirtschaftlich vertretbaren Ergebnissen führen. Dies gilt insbesondere für kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum, deren Forsthaushalte einen wesentlichen Anteil am Gesamthaushalt ausmachen.

Die wachsende Anzahl an Waldfriedhöfen, Waldkindergärten, Sportevents, Urwaldpfaden oder waldpädagogischen Angeboten zeigt, dass die Bedeutung des Waldes nicht nur als Rohstofflieferant, sondern auch als Ort der Erholung, der Bildung und der seelischen Erbauung zunimmt. Die Rahmenbedingungen sind in Zukunft insgesamt so zu gestalten, dass auch die ökosystemaren Leistungen des Waldes für Biodiversität und Ressourcenschutz sowie die ökosozialen

Leistungen im Bereich Naturerfahrung und Naturpädagogik ökonomisch in Wert gesetzt werden können. Dies erleichtert es den Kommunen, erbrachte Leistungen in diesen Bereichen auch finanziell zu vertreten.

These 4

Der naturnahe Waldbau ist derzeit die geeignetste Strategie, die unterschiedlichen Anforderungen an den Kommunalwald zu erfüllen. Der Umbau der Wälder hin zu strukturreichen Laubmischwäldern muss deshalb, auch als Risikovorsorge im Klimawandel, weiter vorangetrieben werden. Die Ziele des Waldnaturschutzes lassen sich überwiegend in die naturnahe Waldbewirtschaftung integrieren. Zum Schutz und zur Erhaltung von Lebensräumen und Arten, die an die natürliche Zerfallsphase von Wäldern gebunden sind, bedarf es auch ungenutzter Waldflächen. Es ist die Herausforderung der nächsten Jahre, den notwendigen Umfang und die Verteilung dieser Waldflächen genau zu bestimmen.

Begründung:

Der naturnahe Waldbau orientiert sich an den natürlichen Waldgesellschaften des jeweiligen Standorts und nutzt die Fähigkeit der Waldökosysteme zur Selbstorganisation. Diese sogenannte „biologische Automation“ ermöglicht eine kosteneffiziente und vergleichsweise störungsarme Waldbewirtschaftung und fördert die Stabilität und Anpassungsfähigkeit der Waldbestände gegenüber Witterungsextremen und Umweltveränderungen.

Um die Ziele des Natur- und Artenschutzes im Wald zu erreichen ist ein differenziertes und zugleich effizientes Konzept, das sowohl integrative als auch segregative Naturschutzelemente enthält, notwendig. Uneinigkeit besteht darin, in welchem Umfang und in welcher räumlichen Verteilung einzelne Waldbestände (segregativ) aus der forstlichen Nutzung genommen werden müssen, um die zu unseren heimischen Wäldern gehörende Vielfalt an Genen, Arten und Lebensräumen (Biodiversität) langfristig zu sichern. Hier besteht weiterer Forschungs- und Diskussionsbedarf. Einigkeit besteht jedoch darin, dass Kommunen selbst darüber entscheiden, ob sie zusätzlich zu den gesetzlichen Mindestanforderungen weitere Leistungen im Bereich des Naturschutzes erbringen oder sogar Teile ihres Waldes gänzlich aus der Nutzung nehmen.

These 5

Die wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen an die Gemeinwohlleistungen des Kommunalwaldes erfordern die konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips. Im Bereich des Natur- und Artenschutzes gilt dies insbesondere für die Umsetzung von Natura 2000. Gerade kleine, ländliche Gemeinden sind hierbei auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Deshalb muss der Kommunalwald zukünftig bei der EU-Mitfinanzierung des Managements von Natura 2000 als Förderpartner im EU-Budget 2014-2020 berücksichtigt werden. Zusätzliche Leistungen, welche die Kommunen über die gesetzlichen Verpflichtungen hinausgehend erbringen, sollen auch verstärkt über Instrumente wie Vertragsnaturschutz und Ökoko-Konto honoriert werden.

Begründung:

Nach dem Grundsatz „Wer bestellt, bezahlt“ ist mit einer Aufgabenübertragung auf die Kommunen auch die Finanzierung sicherzustellen. Für die Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzgebiete, die zu einem nennenswerten Teil aus Kommunalwald bestehen, sollen Managementpläne die erforderlichen Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen festlegen. Diese sind für die Städte und Gemeinden nicht selten mit Bewirtschaftungseinschränkungen und erhöhten Anforderungen verbunden. Ein wirksames Management der Natura 2000-Gebiete ist jedoch ganz entscheidend, um die EU-Ziele zum Stopp und zur Umkehrung des Biodiversitätsverlustes bis 2020 zu erreichen. Die EU unterstrich erst kürzlich die Notwendigkeit einer merklichen Erhöhung der Investitionen für das Management von Natura 2000. Im Rahmen des zukünftigen EU-Budgets 2014-2020 müssen die Mitgliedstaaten auch den Kommunalwald in die Förderung von Naturschutzmaßnahmen in Natura 2000-Gebieten einbeziehen und damit einen weiteren entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Schutzgebiete leisten. Kommunen die aufgrund ihrer Vorbildfunktion in der Vergangenheit ökologisch wertvolle Wälder im Sinne von Natura 2000 etabliert haben, dürfen durch dieses Engagement nicht schlechter gestellt werden.

These 6

Gravierende und fortwährende Wildschäden gefährden unvermindert die nachhaltige, naturnahe Bewirtschaftung des Waldes und führen bei kommunalen Waldbesitzern zu erheblichen finanziellen Mehraufwendungen und Mindererträgen. Darüber hinaus stehen sie auch im Widerspruch zu jagdgesetzlichen Vorgaben. Defizite im Vollzug bestehender gesetzlicher Vorgaben sind abzubauen, aber auch Weiterentwicklungen im Jagdrecht sind erforderlich.

Begründung:

Die natürliche Verjüngung von Waldbeständen und ein stufiger Aufbau von naturnahen Mischwäldern sind vielerorts nur mit kostenintensiven Schutzmaßnahmen möglich. Die gesetzlichen Vorgaben des Jagdrechts besagen hingegen, dass die Wilddichte durch die Ausübung der Jagd auf einem walddverträglichen Niveau gehalten werden muss. Im Konfliktfall haben die Belange der Waldbewirtschaftung Vorrang vor den Belangen der Jagd.

These 7

Kommunalwälder leisten einen wichtigen Beitrag zur Holzversorgung und zur Energiewende. Der Ausbau erneuerbarer Energien in und aus dem Wald muss jedoch umsichtig erfolgen, um negative Nebeneffekte zu vermeiden.

Begründung:

Der Kommunalwald hat wesentlichen Anteil an der Produktion im Cluster Forst und Holz und trägt damit insbesondere im ländlichen Raum zur Wertschöpfung bei. Durch Holz werden energieintensive Baustoffe wie Stahl, Beton oder Aluminium ersetzt und der im Holz gespeicherte Kohlenstoff gebunden. Holz ist jedoch kein unbegrenzt verfügbarer Rohstoff. Er muss deshalb nicht nur nachhaltig produziert, sondern auch intelligent eingesetzt werden. Im Sinne einer effizienten Kreislaufwirtschaft ist eine Kaskadennutzung (erst stofflich, dann energetisch) grundsätzlich anzustreben. Neben der stofflichen Nutzung ist Holz in Deutschland derzeit auch die wichtigste erneuerbare Energiequelle (noch vor Wind und Sonne) und leistet vor allem im Bereich der Wärmeversorgung in Form von Scheitholz, Hackschnitzeln oder Holzpellets einen Beitrag zur Energiewende. Um das positive Image des Rohstoffs Holz zu erhalten, muss energetisch genutztes Holz nachhaltig produziert werden.

Wälder können auch als Standorte für Windkraftanlagen einen Beitrag zu Energiewende leisten. Für Kommunen besteht hierdurch die Möglichkeit zusätzlicher Einnahmen. Als zielführend für die Suche nach geeigneten Standorten erweisen sich klare Kriterienkataloge und Planungen, bei denen nicht nur die Windhöflichkeit, sondern auch wichtige naturschutzfachliche Kriterien berücksichtigt werden. Ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist die Konzentration der Windkraftanlagen auf geeigneten Standorten. Nur bedingt geeignete Standorte sollten nicht genutzt werden. Als Instrument des Vorteils-/Nachteilsausgleichs bieten sich kommunale Solidarpakte an, an denen sich auch der Staatswald beteiligen sollte.

These 8

Im Zuge der naturnahen Waldbewirtschaftung werden die Laubholzanteile im Kommunalwald erheblich steigen. Die Absatzmöglichkeit für diese Hölzer ist aber im Vergleich zum Nadelholz derzeit noch deutlich eingeschränkt. Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Forstbetriebe müssen daher die Verwendungsmöglichkeiten von Laubholz weiterentwickelt werden.

Begründung:

Deutschland wäre von Natur aus überwiegend ein Laubwaldgebiet. Andererseits nehmen Nadelholzsortimente derzeit noch den mit Abstand größten Anteil im Sortiment des Holzverarbeitenden Gewerbes ein. Insbesondere im Bereich des Bauholzes ist aktuell ein Ersatz des Nadelholzes durch Laubholz nicht ohne weiteres möglich. Sowohl Kommunen als auch der Naturschutz halten die Weiterentwicklung der Verarbeitungs- und Verwendungsmöglichkeiten von Laubholz daher für dringend geboten, damit Laubholz in Zukunft auch im konstruktiven Bereich eine breite Anwendung findet. Dies erfordert sowohl von der Bundesregierung als auch von den Holzverarbeitenden Unternehmen größere Bemühungen im Bereich der Forschung und Entwicklung für Laubholzprodukte.

Diese acht Thesen sowie die Referentenvorträge des Kommunalwald-Symposiums von NABU und DStGB finden Sie im Internet auch unter www.NABU.de/kommunalwald



Auf einen Blick

Die Idee: Erhöhung der Zieldurchmesser bei Eiche und Buche verbunden mit einer individuellen Vermarktung an einen vielfältigen Käuferstamm.

Das Besondere: Holzernte erst bei Wertkulmination. Prinzip: das richtige Holz zum richtigen Zeitpunkt an den richtigen Käufer. Fünf Prozent des laufenden Zuwachses bleiben zur Anreicherung der Biotopstrukturen im Bestand.

Der Ansprechpartner: Karl-Heinz Lieber (links im Bild), Leiter des Kreisforstamtes Heilbronn, Tel. 07131/994-153, Karl-Heinz.Lieber@landratsamt-heilbronn.de

Betriebsziel: Dicke Bäume

Die Holzvermarktung im Kreisforstamt Heilbronn/Baden-Württemberg

Oben: Alte und dicke Bäume erhöhen die Artenvielfalt im Wald. Erst wenn Eichen einen Brusthöhendurchmesser von 90 Zentimeter erreicht haben, werden sie hier in Heilbronn als Wertholz geerntet.

In Heilbronn setzt man auf Umfang. Das waldbauliche Konzept des Kreisforstamtes sieht nicht nur vor, das Laubholz noch mehr zu fördern, sondern vor allem seine Bäume deutlich dicker werden zu lassen als bisher. Denn starke Buchen und Eichen machen den Wald nicht nur vielfältiger, sie eröffnen auch neue Möglichkeiten in der Vermarktung – entgegen aller Vorurteile.

Das Kreisforstamt Heilbronn im nördlichen Baden-Württemberg zählt mit einem Laubholzanteil von mehr als 70 Prozent zu einem der bedeutendsten Laubholzforstämter in Süddeutschland. Es liegt gleichzeitig in einer der wärmsten Regionen des Landes. In den letzten 25 Jahren ist die Temperatur durchschnittlich um circa ein Grad gestiegen und liegt heute bei zehn Grad. Die Niederschlagsmenge variiert zwischen 780 Millimeter und 1.000 Millimeter. Es herrscht „Weinbauklima“. Im Zuge des Klimawandels wird die Temperatur voraussichtlich weiter steigen, mit massiven Folgen für einzelne Baumarten. So sind die Prognosen für die Fichte düster: Bis 2050 soll sie großflächig ausfallen.

Laubholz in Zeiten des Klimawandels

Die zentralen Fragen lauten daher: Welche Baumarten werden mit den veränderten Standortbedingungen so gut zurechtkommen, dass das waldbauliche Risiko minimiert wird? Und mit welchen Arten lassen sich gleichzeitig langfristig Einnahmen aus einer naturnahen Bewirtschaftung erzielen? Die Entscheidung des Kreisforstamtes: Die Zukunft gehört dem Laubholz und zwar noch stärker als bisher. Dazu soll nicht nur der prozentuale Anteil weiter erhöht werden, vielmehr sollen die Bäume jetzt auch länger reifen. Langfristig sind 75 Prozent Laubholzanteil geplant, aus betriebswirtschaftlichen Gründen sollen die Nadelhölzer zu einem Viertel beteiligt bleiben.

Ziel ist es außerdem, den Holzvorrat in Buchenbeständen auf 320 Erntefestmeter/Hektar (Efm/ha) und in Eichenbeständen auf 280 Efm/ha zu erhöhen. Dazu werden die Zieldurchmesser der Baumarten nach oben gesetzt. Für die Eiche wird ein Brusthöhendurchmesser (BHD) von 90 Zentimetern angestrebt, für die Buche wurde nach einer aktuellen Untersuchung zur Rotkernbildung ein standortabhängiger BHD zwischen 65 und 80 Zentimeter festgelegt. Die Zieldurchmesser

liegen damit über dem bundesweiten Durchschnitt. Die Vorteile sind vielfältig: Die Bäume werden dann geerntet, wenn sie ihren höchsten Wert erreicht haben, sie tragen länger zur CO₂-Speicherung und damit zum Klimaschutz bei und sie erhöhen die Strukturvielfalt und damit die Biodiversität im Wald.

Gutes Marketing – und fünf Prozent für den „Lieben Gott“

Um den Vorrat an Holz zu steigern wird der Wald nach dem Konzept des Dauerwaldes bewirtschaftet. Auf schlagweise Verjüngungsverfahren wie Kahl- oder Räumungshiebe wird verzichtet, stattdessen werden die Bäume einzeln oder gruppenweise geerntet. So wird gewährleistet, dass strukturreiche Wälder mit verschiedenen alten Bäumen und mit unterschiedlichen Dicken und Höhen entstehen. Gut 90 Prozent des laufenden Zuwachses werden jährlich genutzt, fünf Prozent fließen in die Vorraterhöhung. „Die restlichen fünf Prozent sind für den „Lieben Gott“ –, in Form von Habitatbäumen und stehendem oder liegendem Totholz“, erläutert Karl-Heinz Lieber, Leiter des Kreisforstamtes Heilbronn. „Indem wir diese Bäume bis zu ihrem Zerfall im Bestand lassen, erhöhen wir die Artenvielfalt im Wald. Denn alte und dicke Bäume bieten einen wichtigen Lebensraum für Tiere und Pflanzen, die auf diese Strukturen angewiesen sind.“

Eine ausgefeilte Marketingstrategie sichert dem Kreisforstamt vielfältige Absatzmöglichkeiten. Jeder Baum wird entsprechend seiner Qualität optimal genutzt. Gleichzeitig suchen die Holzverkäufer für das anfallende

Holz den passenden Käufer. So erhält dieser genau das Holz, das er benötigt. Allein für das Buchenstammholz gibt es derzeit 25 Kunden. Der Betrieb kann somit jederzeit flexibel auf Marktentwicklungen reagieren. „Denn auch mit Laubholz lässt sich Geld verdienen“, so Karl-Heinz Lieber.

Die Mischung macht's

Nach dem Motto „Wer breit streut, rutscht nicht“ setzen die Förster deshalb nicht nur auf verschiedene Laubholzsortimente, sondern fördern auch Baumarten, die zuletzt weniger beachtet wurden. Darunter fällt zum Beispiel die Weißtanne, die gerade im „Weinbauklima“ überraschende Vorteile bietet. Sie ist hinsichtlich der Wasserversorgung während der Vegetationszeit weniger sensibel als Fichte und Buche und zeigt generell eine hohe Trockenheitsresistenz.

Wesentliche Eckpfeiler des Betriebsmodells sind eine effektive Jagd und die Beschäftigung regionaler Arbeitskräfte. Damit sich Eiche und Tanne flächig verjüngen können, wurde mittelfristig das Ziel, kein Verbiss bei der Tanne und maximal 20 Prozent bei der Eiche festgelegt. Ein ambitioniertes Ziel, das mit effizienten Jagdformen – zum Beispiel mit Jagdgästen und Drückjagden – und in enger Zusammenarbeit mit den privaten Jägern erreicht werden soll. Arbeitskräfte, die aus der Region stammen, kennen sich vor Ort gut aus und fühlen sich mit dem heimischen Wald verbunden. Die Wertschätzung ihres Wissens fördert zusätzlich eine erfolgreiche Waldbewirtschaftung.



Dieser Baum trägt ein Schild mit der Aufschrift „Totholz“. Es ist ein wichtiger Bestandteil einer naturnahen Waldbewirtschaftung, auf die Besucher hier aufmerksam gemacht werden.



Auf einen Blick

Die Idee: Stilllegung alter, wertvoller Buchenwälder ohne finanziellen Verlust. Die Einnahmen werden durch Beteiligungen von Unternehmen, Organisationen und Privatpersonen erzielt.

Das Besondere: Die Buchenwälder sollen dauerhaft gesichert werden und sich zu den Urwäldern von morgen entwickeln. Unternehmen können sich in ihrer Region engagieren, den Wald erleben und das Projekt für ihre Kommunikation nutzen.

Der Ansprechpartner: Forstverwaltung Hümmel, Peter Wohlleben, Münstereifeler Str. 27, 53520 Hümmel; Tel. 02694/930256; foerster@peter-wohlleben.de, www.wildebuche.de

Ohne Nutzung Geld verdienen Das Projekt „Wilde Buche“ der Gemeinde Hümmel/Rheinland-Pfalz

Oben: Die europäischen Urwälder von morgen! In Hümmel dürfen auf gut 100 Hektar alte Buchenbestände in Ruhe wachsen. Die Bäume sind zum Teil über 190 Jahre alt.

Was vielerorts undenkbar ist, hat die Gemeinde Hümmel umgesetzt: Sie hat mehrere alte Buchenbestände, die ihren höchsten wirtschaftlichen Wert erreicht haben, aus der Nutzung genommen und lässt sie nun ungestört wachsen. So sollen in Hümmel die Buchenurwälder von morgen entstehen, und damit ein Refugium der Artenvielfalt gefördert werden. Doch obwohl die Gemeinde die Flächen forstwirtschaftlich nicht mehr nutzt, verdient sie mit ihnen weiterhin Geld.

Hümmel liegt im äußersten Norden von Rheinland-Pfalz und besitzt rund 750 Hektar Wald. Auf gut 100 Hektar stehen ökologisch wertvolle, geschlossene Buchenbestände, die zum Teil über 190 Jahre alt sind. Diese Bäume werden bereits seit vielen Jahren konsequent geschont. Sie sind eine Rarität – in ganz Europa sind solche Buchenbestände mittlerweile sehr selten geworden. Indem diese urwaldnahen Buchenwälder nun nicht mehr bewirtschaftet werden, nimmt Hümmel seine Verantwortung wahr, die Deutschland für die Erhaltung seiner Buchenwälder trägt.

Deutschland, ein Buchenland

Deutschland wäre ohne menschlichen Einfluss zu ungefähr 90 Prozent mit Wald bedeckt. Geprägt wären diese Wälder in erster Linie von der Rotbuche, die fast Dreiviertel von ihnen dominieren würde. Sie wäre damit die häufigste Baumart, doch heute findet man sie nur noch auf knapp fünf Prozent der bundesdeutschen Fläche. Gleichzeitig hat Deutschland eine zentrale Bedeutung für die Erhaltung dieses Waldtyps. Ein Viertel des gesamten europäischen Verbreitungsgebietes würde natürlicherweise hier liegen. Die stark geschrumpften Buchenwälder verteilen sich auf wenige Staaten, darunter auch Deutschland. Besonders alte und naturnahe Buchenwälder zählen heute zu den weltweit stark bedrohten Lebensräumen. So gibt es in Deutschland nur auf weniger als einem halben Prozent der Fläche Buchenbestände, die älter als 160 Jahre sind. Dabei können Buchen bis zu 400 Jahre alt werden.

Die Gemeinde Hümmel verfolgt mit ihrem Projekt „Wilde Buche“ das Ziel, den wertvollen Wald dauerhaft zu schützen. „Langfristig soll ein Laubwald mit alten Bäumen entstehen, der wieder die Funktionen eines Urwaldes übernehmen kann“, erklärt Peter Wohlleben, Förster der Gemeinde Hümmel. Urwaldnahe

Bestände bieten eine immense Artenvielfalt, denn viele Tiere und Pflanzen sind auf alte, dicke und abgestorbene Bäume spezialisiert. Viele tausend Insekten- und Pilzarten profitieren von dem hohen Totholzanteil, der im Wirtschaftswald fehlt. Schon heute leben in den Gemeindewäldern seltene Tiere wie Wildkatze, Mittelspecht und Schwarzstorch.

Doch nicht nur als vielfältiger Lebensraum sind alte Bäume ein Gewinn, die stillgelegten Wälder binden weiterhin große Mengen CO₂ und spielen damit eine wichtige Rolle im Klimaschutz. Darüber hinaus haben Wälder eine große Bedeutung für den Wasserschutz, da sie das Wasser filtern, zurückhalten und speichern. Naturnahe Buchenwälder haben dabei einen höheren Wasserspeichereffekt und bilden mehr neues Grundwasser als beispielsweise Nadelwälder.

In die Urwälder von morgen investieren

Einen Wald stillzulegen bedeutet in der Regel auch, auf wichtige Einnahmen zu verzichten. Die Gewinne aus dem jährlichen Holzverkauf tragen stets zum Haushalt der Gemeinde bei. Zusammen mit ForestFinance, einem Unternehmen, das ökologische Forstinvestments entwickelt, und dem Bundesdeutschen Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M. e. V.) entwickelte Hümmel deshalb ein neuartiges Konzept. Dieses nutzt den Verzicht auf die Bewirtschaftung und die Einrichtung eines Waldreservats dazu, um neue Einnahmen zu sichern. Unternehmen und Organisationen können sich dabei durch einen einmaligen Beitrag am Waldschutzprojekt beteiligen. Der Spendenbetrag beträgt beispielsweise für 500 Quadratmeter 2.800 Euro und für einen Hektar 49.000 Euro. Auf diese Weise wird der Schutz für mindestens 50 Jahre

gewährleistet. Insgesamt soll das Waldreservat so auf eine Fläche von über 50 Hektar anwachsen.

Für die beteiligten Unternehmen ergeben sich viele Vorteile. Sie übernehmen gesellschaftliche Verantwortung und sichern ein einzigartiges Ökosystem, auf das unzählige Tiere und Pflanzen angewiesen sind, um zu überleben. „Das Besondere ist, dass ihr Engagement nicht im fernen Regenwald stattfindet, sondern direkt vor der Haustür. Damit haben sie einen Bezug zu dem Wald, den sie schützen möchten und können ihn sogar erleben“, sagt Peter Wohlleben. Nicht zuletzt unterstützen sie mit dem Erhalt der Wälder auch den Klimaschutz. Nach dem Motto „Tue Gutes und rede darüber!“ ist es für die Firmen möglich, ihren Einsatz im Rahmen ihrer Corporate Social Responsibility-Aktivitäten (CSR) kommunikativ zu nutzen. Dazu bietet das Projekt „Wilde Buche“ verschiedene Möglichkeiten an.

Die Einnahmen, die die Gemeinde Hümmel erzielt, investiert sie ausschließlich wieder in ihre Forstwirtschaft. Das Konzept sieht vor, minderwertige Flächen aus den Nachbargemeinden zu kaufen und zukünftig nach dem ökologischen Modell von Hümmel zu bewirtschaften. Dazu zählt auch, Nadelholzbestände in Laubholzwäldern zu überführen. So gelingt es der Gemeinde doppelt ökologisch vorbildlich zu handeln: Seltene und besonders schützenswerte Flächen werden wirtschaftlich stillgelegt und minderwertige Flächen durch eine ökologische Bewirtschaftung vielfältiger.



Viele Tiere und Pflanzen sind auf alte, dicke und abgestorbene Bäume angewiesen. Schon heute leben in unseren Gemeindewäldern wieder seltene Tiere wie die Wildkatze, die abwechslungsreiche Lebensräume braucht.

Wald 2.0 – Waldbesitz neu gestalten

Das Genossenschaftsmodell des Stadtforstamts Remscheid/Nordrhein-Westfalen

Rechts oben: Sichere Anlage und nachhaltige Investition: In Remscheid kann jeder Bürger ideeller Waldbesitzer werden.

Waldbesitzer zu werden, das wird in Remscheid bald ganz einfach sein. Jeder Waldfreund kann Genossenschaftsanteile am gemeinsamen Wald erwerben und sich damit gleichzeitig für die Erhaltung dieses Lebensraumes einsetzen. Ein einzigartiges Bündnis aus öffentlichen Forstverwaltungen, dem Forstverband Remscheid, politischen Mandatsträgern, Juristen, PR-Fachleuten und Bankern hat dies möglich gemacht. Sie hatten sich zusammengefunden, mit einem gemeinsamen Ziel: Das Projekt „Wald 2.0“ soll die nachhaltige, multifunktionale und ökologische Bewirtschaftung kommunaler und privater Wälder sicherstellen, indem sie in die Waldgenossenschaft überführt werden.

Kleine Parzellen und klamme Kassen

Der Privatwald der Region ist gekennzeichnet durch sehr kleine Parzellen. Der durchschnittliche Waldbesitz liegt bei unter zwei Hektar. Problematisch sind außerdem häufig die Rahmenbedingungen der Waldbesitzer. Der überwiegende Teil wohnt weit entfernt, ist emotional nicht an seinen Wald gebunden, älter als 70 Jahre

und hat oft weder fachlich, noch zeitlich die Möglichkeit ihn angemessen zu betreuen. Diese Umstände hemmen unter anderem die Holzernte und den nötigen, an den Klimawandel angepassten Waldumbau.

Doch die Probleme liegen nicht nur im Privatwald. Angesichts knapper kommunaler Haushalte, hat auch die Stadt Remscheid überlegt, inwieweit ihr Waldbesitz weiterhin dauerhaft gesichert und naturnah entwickelt werden kann. Zumal ein Stadtwald in erster Linie der Erholung der Bürger dient und damit in der Regel ein Zuschussbetrieb ist. Wird der Wald jedoch an private Investoren verkauft, birgt das die Gefahr, dass die neuen Waldbesitzer lediglich nach persönlichen Interessen wirtschaften, und damit vor allem auf Kosten der Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes. Dies kann soweit führen, dass Bürger „ihren“ Wald vor der Haustür nicht mehr uneingeschränkt nutzen können und Konflikte zum Beispiel aufgrund von Kahlschlägen, zerstörten Waldwegen oder mangelnder Verkehrssicherheit entstehen.

Waldgenossenschaft bringt Sicherheit

Mit dem Projekt Wald 2.0 können nun alle Bürger, private Investoren, Unternehmen und Organisationen ideale Waldbesitzer werden. Der Name „Wald 2.0“ steht für den modernen Ansatz, alle Waldinteressierten anzusprechen, ganz gleich, ob alt oder jung, Städter oder Dorfbewohner, Privat- oder Geschäftspersonen. „Denn nicht nur der Wald braucht natürliche Verjüngung und Mischung – auch die Waldbesitzer“, sagt Markus Wolff, Geschäftsführer des Forstverbandes.

Als Organisationsform werden Waldgenossenschaften nach dem Gemeinschaftswaldgesetz NRW sowie nach dem Genossenschaftsrecht gegründet. Sie ermöglichen so, mit privatem Kapital Flächen zu erwerben,

die private oder kommunale Waldeigentümer, oder auch das Land, verkaufen möchten. Der Forstverband und das Stadtforstamt Remscheid bewirtschaften weiterhin die Flächen. Auf diese Weise sind alle Waldfunktionen auch zukünftig nachhaltig gesichert. Der Wald bleibt Bürgerwald. Darüber hinaus können private Anleger Genossenschaftsanteile kaufen und als inflationssichere Geldanlage nutzen. Das Ziel von Wald 2.0 ist es dabei gerade nicht, möglichst hohe Renditen zu erwirtschaften, sondern langfristig eine solide Wertsteigerung zu erreichen. Dies ist nicht nur interessant für die Menschen, die bewusst in nachhaltige, ökologische Unternehmen investieren wollen, sondern vor allem auch für diejenigen, die in Zeiten von Finanzkrisen ihr Geld sicher anlegen möchten. Die Anteilscheine soll man zukünftig über die regionalen Finanzinstitute erhalten.

Das Modell der Waldgenossenschaften löst mehrere Probleme gleichzeitig. „Wir können so nicht nur die aktuelle Waldfläche erhalten, sondern sie langfristig sogar noch vergrößern. Außerdem kann Kleinprivatwald, der in die Genossenschaft gegeben wird, professioneller bewirtschaftet werden“, sagt Markus Wolff. Doch vor allem werde sich gesellschaftlich etwas verändern. „Viele neue, jüngere Waldbesitzer bringen nicht nur ein großes Bewusstsein für Klima- und Naturschutz mit, sondern wollen sich auch mit zahlreichen Ideen aktiv einbringen. Damit wachsen letztlich auch Generationen zusammen.“

Das Projekt befindet sich in den Startlöchern: Die ersten Genossenschaftsanteile können voraussichtlich zum Jahresbeginn 2013 erworben werden. Im Rahmen des Ideenwettbewerbs für Kommunen der NRW.Bank wurde das Projekt „Wald 2.0“ mit dem Innovationspreis 2011 ausgezeichnet.



Der Name „Wald 2.0“ steht für den modernen Ansatz, alle Waldinteressierten anzusprechen: ob alt oder jung, Städter oder Dorfbewohner, Privat- oder Geschäftsperson.

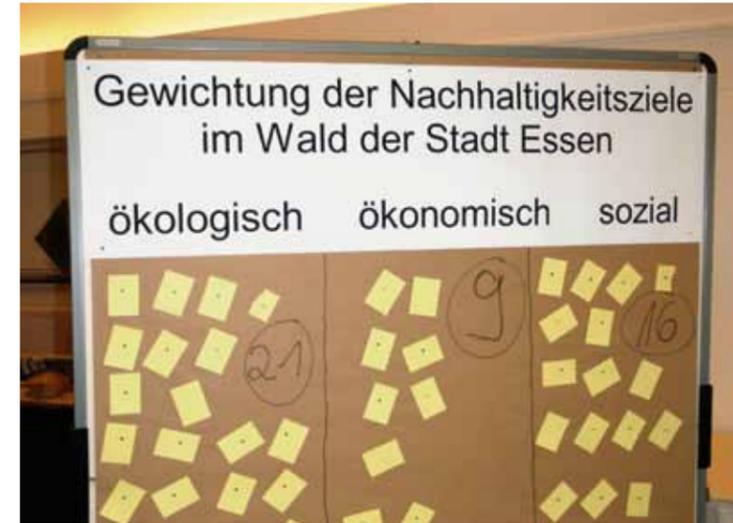


Auf einen Blick

Die Idee: Gründung einer Waldgenossenschaft für privaten und kommunalen Wald.

Das Besondere: Alle Waldinteressierten können ideale Waldbesitzer werden. Genossenschaftsanteile sind eine wirtschaftlich attraktive, alternative Geldanlage in Zeiten der Finanzkrise.

Der Ansprechpartner: Markus Wolff, Leiter Stadtforstamt Remscheid und Geschäftsführer Forstverband Remscheid, Tel. 02191/4620652, Markus.Wolff@remscheid.de, www.remscheid.de oder www.forstverband-remscheid.de



Auf einen Blick

Die Idee: Die Bürger der Stadt bekommen die Möglichkeit, ihren Willen als Waldbesitzer zu formulieren.
Das Besondere: Bürgerbeteiligungsverfahren bringen alle Interessensvertreter an einen Tisch. Gemeinsam erarbeiten sie jeweils einen Konsens auf der Basis einer breiten Mehrheit. Die Forstverwaltung setzt den Beschluss um.
Der Ansprechpartner: Dipl.-Forsting. (FH) Norbert Böskes, operativer Leiter für die Abteilung Waldungen und Baumpflege bei Grün und Gruga Essen, Tel. 0201/88 67440, norbert.boesken@gge.essen.de, www.gruen-und-gruga.de

Der Wille des Waldbesitzers Das Bürgerbeteiligungskonzept der Stadt Essen/Nordrhein-Westfalen

Oben: Bei einem Workshop zur Zukunft des Baldeney-Waldes wurde nicht nur gemeinsam an einem Tisch diskutiert – die Teilnehmer erkundeten ebenso den Essener Stadtwald.

In Essen beschließen heute die Bürger, wie ihr Wald bewirtschaftet werden soll. Die Ursprünge dafür liegen Anfang der 1980er Jahre. Massive Bürgerproteste gegen Kahlschläge in über 140 Jahre alten Buchenbeständen führten damals zu einem Einschlagstopp. Sieben Jahre lang wurden außer zur Gefahrenabwehr kein Bäume mehr gefällt. Ab 1988 wurde nur der halbe Zuwachs genutzt. Das hatte zur Folge, dass in den älter werdenden Beständen immer mehr absterbende Bäume und Totäste das Unfallrisiko erhöhten. Im Jahr 2005 wurde die Situation im stark besuchten Erholungswald am Nordufer des Baldeneysees so kritisch, dass Roland Haering, Leiter des nun auch FSC-zertifizierten städtischen Forstbetriebes von Grün und Gruga Essen (GGE), das Problem entsprechend der FSC-Stakeholderbeteiligung zu lösen versuchte: Nun sollte der Waldbesitzer selbst, also die Bürger der Stadt, über den Baldeney-Wald entscheiden. GGE lud deshalb alle Interessierten ein, gemeinsam die Bewirtschaftung und damit die Zukunft des Waldes zu gestalten.

Für das forstliche Fachpersonal von GGE stand von Anfang an fest, sich innerhalb des Prozesses stark zurückzuhalten. Die Stadtforstverwaltung gewann Professor Volker Dubbel von der Hochschule für Angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) in Göttingen, der das Verfahren konzeptionell erarbeitete und den Prozess moderierte. Zunächst war es wichtig, den Bürgern der Stadt bewusst zu machen, welches Problem in diesem Waldstück entstanden war, und dass es nur mit ihrer Unterstützung gelöst werden konnte. Dazu stellte er in einem Vortrag zur Waldstruktur, Walddynamik, Standsicherheit und Verkehrssicherungspflicht im Baldeney-Wald die besondere Situation des Gebiets vor.

Kundige Bürger entscheiden

Im nächsten Schritt folgte ein Workshop zur Zukunft des Baldeney-Waldes, zu dem die HAWK und GGE-Vertreter der Waldbesitzer und betroffener Verbände eingeladen hatte. Dazu gehörten unter anderem alle interessierten Bürger, Mitglieder des Stadtrats und der Bezirksvertretungen, Mitglieder des Beirats der Unteren Landschaftsbehörde, Naturschutzverbände, Vertreter des Regionalforstamts Ruhrgebiet, Vertreter der Kommunalverwaltung sowie der Presse. „Ziel von Herrn

Dubbel war es, die Teilnehmer zu ‚kundigen Personen‘ für die ablaufenden Waldprozesse zu machen und ihnen das Handwerkszeug eines Försters zu vermitteln“, sagt Norbert Böskes von Grün und Gruga Essen heute. Nachdem den Teilnehmern die forstlichen Betriebsarten und -formen im Hochwald vorgestellt worden waren, diskutierte die Gruppe, welches Waldbewirtschaftungskonzept sie bevorzugte und welches von ihrer jeweiligen Interessensgruppe auch mitgetragen werden könnte – ohne von vornherein auf ein bestimmtes Ergebnis festgelegt zu sein. Auf der Exkursion zu fünf Waldstandorten erarbeiteten sie sich das Wissen über Baumarten, Wachstum und Konkurrenzverhältnisse der Bäume, Waldstruktur und Walddynamik. Am Ende des Workshops einigten sich die Teilnehmer auf ein einvernehmliches Vorgehen für den Baldeney-Wald. Darüber hinaus wurde der Dauerwald als einzige konsensfähige Betriebsform für den Essener Stadtwald festgelegt. Die Erholungsfunktion sollte dabei weiterhin besonders berücksichtigt werden.

In einem zweiten Workshop zur Walddynamik sollten die Teilnehmer nun entscheiden, welche Bäume gefällt werden sollten, um einen strukturreichen „Erholungs-Dauerwald“ mit stabilen Einzelbäumen zu erreichen. Auf Exkursionen wurden die betreffenden Bäume gemeinsam ausgewählt. Um die Waldbesucher optimal über die beschlossenen Fällungen aufzuklären, wurde ausführlich in der lokalen Presse und im Rundfunk darüber berichtet. Zusätzlich konnten die Essener Bürger an einem Bauwagen mit Briefkasten ihre Fragen, Beschwerden und Anregungen äußern oder sich mit ihren Ängsten an einen Förster wenden, der zu bestimmten Zeiten vor Ort war.

Bürgerbeteiligung fördert Vertrauen und Akzeptanz

Die Resonanz der Beteiligten auf das neue Verfahren war durchweg positiv. Besonders schätzen die Teilnehmer, dass ihnen im Lauf des Prozesses das nötige Wissen an die Hand gegeben wurde, das sie befähigte, sinnvolle Kompromisse zu finden. Das Projekt lief so gut, dass sich GGE entschloss, das System auf den gesamten Stadtwald auszuweiten. Dazu fanden zur Vorbereitung der Forsteinrichtung zwei weitere Workshops statt. Schwerpunkt des letzten Workshops war es zu erarbeiten, welche Bedeutung zukünftig jeweils die ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit im Essener Stadtwald haben soll.

Mittlerweile ist das Konzept der Bürgerbeteiligung in das Leitbild „Essen-Bürgerkommune“ integriert und bei allen grundsätzlichen Entscheidungen für den Wald etabliert. Erst vor kurzem ist auf diese Weise ein Nutzungskonflikt im Naturschutzgebiet Kamptal gelöst worden. Transparente Kommunikation ist eine wichtige Basis im Umgang mit dem Wald. Bereits vor Beginn jeder Waldnutzung informieren Tafeln an der entsprechenden Fläche über die Maßnahmen. Zusätzlich erläutern die Stadtförster bei einer jährlichen Führung, was vor Ort umgesetzt werden soll, darüber hinaus gibt es umfangreiche Informationen im Internet. Auch ein Bürgertelefon wurde eingerichtet. „Wir haben neues Vertrauen gewonnen. Die Bürger sind viel beruhigter und wir arbeiten so deutlich entspannter und effektiver“, resümiert Norbert Böskes.



Norbert Böskes von Grün und Gruga Essen: „Die Workshop-Teilnehmer bekamen das Handwerkszeug eines Försters vermittelt.“



Wald als Pflichtfach Das Schulwaldprojekt der Waldhofschule in Templin/Brandenburg

Die Idee wurde im Jahr 2006 aus der Not heraus geboren. In den Jahren zuvor konnte der Templiner Stadtwald nicht rentabel genug bewirtschaftet werden. Für den städtischen Forstbetrieb stand fest, dass von nun an noch mehr Kosten gespart werden mussten. Um ihr Ziel zu erreichen, diskutierte die Stadtverwaltung darüber, Personal einzusparen und umzustrukturieren. Sogar der Verkauf des Waldes war im Gespräch. Aus dieser Situation heraus entwickelten die Stadtförster ein einzigartiges Konzept. Bei allen fand die Idee so viel Anklang, dass sie schon im Jahr 2007 umgesetzt wurde: 700 Hektar des Stadtwaldes wurden an den evangelischen Bildungsträger Hoffbauer verpachtet und Stadtförster Joachim Lange wurde als Mitarbeiter der Waldhofschule übernommen. Auf diese Weise sparte die Stadtverwaltung die Personalkosten eines Stadtförsters.

Einzigartiges Konzept: Förster Joachim Lange wurde kurzerhand Lehrer, wodurch die Stadtverwaltung die Personalkosten eines Stadtförsters sparen konnte.



Praxisnahes Lernen schafft Bindung
Neben den wirtschaftlichen Vorteilen zeigte sich auch ein weiterer mehrseitiger Gewinn: In der Waldhofschule, die als integrierte Ganztagschule angelegt ist, lernen Kinder mit und ohne diagnostiziertem Förderbedarf gemeinsam. Die meisten Kinder gehen in die Klassen 1 bis 6. Etwa 50 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 21 Jahren besuchen die angeschlossene Ober- und Werkstufe mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“. Das Thema Wald ist fester Bestandteil des Unterrichts. Egal, ob in Mathematik, Biologie oder Deutsch, in vielen Fächern lassen sich Waldaspekte einbinden. „Die Kinder lernen fächerübergreifend und praxisnah. Sie berechnen zum Beispiel, ab wie viel Festmeter Holz sich der Einsatz eines Vollernters lohnt“, erklärt Förster Joachim Lange. Ihre Ergebnisse können sie vor Ort überprüfen. Ab der 4. Klasse arbeiten die Kinder und Jugendlichen regelmäßig im Wald.

Neben den Grundschulklassen bewirtschaften das 700-Hektar große Gebiet Schüler der Werkstufe und der Templiner Oberschule, die mit der Waldhofschule kooperiert. Dabei unterscheidet sich die Art der Bewirtschaftung nicht von anderen naturgemäß arbeitenden

Auf einen Blick

Die Idee: Verpachtung von 700 Hektar Wald an einen Bildungsträger. Einstellung des Försters als Lehrer an der Waldhofschule.

Das Besondere: Kinder mit und ohne diagnostiziertem Förderbedarf bewirtschaften gemeinsam „ihren“ Wald. Es gibt keinen Unterschied zu anderen naturgemäß arbeitenden Forstbetrieben. Ein flexibler Pachtvertrag schafft finanzielle Sicherheit auf beiden Seiten.

Der Ansprechpartner: Förster Joachim Lange, Waldhofschule Templin, Tel. 03987/2086210, info@waldhofschule-templin.de, www.waldhofschule-templin.de

Forstbetrieben. Auf der Basis der Forsteinrichtung übernehmen die Kinder und Jugendlichen unter Anleitung von Förster Lange viele forstliche Tätigkeiten wie das Pflanzen von Laubbäumen, denn der ökologische Waldumbau der oft monotonen Kiefernbestände steht an erster Stelle. Sie arbeiten aber auch in der Jungbestandspflege, vermessen und markieren die Rückegassen für die nächste Holzernte und zeichnen die Zukunftsbäume sowie die zu entnehmenden Bäume mit der Spraydose an. Für eine effektive Bejagung bauen sie die Hochsitze. Unter Anleitung des Revierleiters verkaufen die jungen Förster selbst ihr Holz, indem sie beispielsweise an der kommunalen Nadelwertholzversteigerung teilnehmen. Den meisten Spaß haben die Jugendlichen aus der Werkstufe beim Brennholz machen. Im Rahmen des „Spalthammerführerscheins“ lernen sie sicher und effektiv mit dem Gerät umzugehen. Das fertige Holz wird an die Bürger der Stadt Templin verkauft. Auch im Sinne des Naturschutzes ist das Schulwaldprojekt aktiv, indem die Kinder zum Beispiel zum Schutz der Vögel und Fledermäuse Horst- und Höhlenbäume markieren und bei der Holzernte darauf Rücksicht nehmen.

Die Schüler lernen so nicht nur das Ökosystem Wald von allen Seiten und mit allen Sinnen kennen, sie übernehmen auch Verantwortung, indem sie ihn aktiv gestalten – ganz im Sinne der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Daraus entsteht eine starke Verbundenheit mit dem Wald – ein Leben lang. Die Kombination aus theoretischem und praktischem Lernen ermöglicht es jedem Kind seine Stärken zu entdecken und auszubauen. Dabei zählt emotionale und soziale Entwicklung ebenso viel wie fachliches Wissen. Und obendrein verdienen die Schüler noch Geld: Pro gesetzter Pflanze erhalten die Kinder beispielsweise 15 Cent für die Klassenkasse.



Viel Vertrauen und ein flexibler Pachtvertrag

Zwei wesentliche Voraussetzungen halfen beim Erfolg des Projektes: „Ohne das sehr gute Vertrauensverhältnis zwischen allen Beteiligten, den Förstern, den Bürgermeistern, der Kämmerin sowie dem Schulträger und der Schulleitung, wäre die Umsetzung nicht möglich gewesen“, betont Lange. Außerdem wurde von Anfang an ein flexibler Pachtvertrag vereinbart. So wird bis zu einem Betriebsergebnis von 50 Euro pro Hektar zwischen der Schule und der Stadt hälftig geteilt. Ab 50 Euro pro Hektar erhält die Stadt 90 Prozent und die Schule zehn Prozent des Ertrags. Dies führt auf beiden Seiten zu einer hohen Zufriedenheit, denn die Stadt profitiert weiterhin von den steigenden Holzpreisen, während die Schule ihre Kosten aus dem Waldprojekt kontinuierlich decken kann. So konnte die Schule für die Waldbewirtschaftung neues Werkzeug und Kleidung kaufen und sogar ein Bus für die Fahrten in den Wald angeschafft. Eine echte „win-win-Situation“, denn sowohl die Stadt als auch die Schule schreiben auf diese Weise schwarze Zahlen.

Das Schulwaldprojekt hat es nicht nur möglich gemacht, den Stadtwald für alle Seiten gewinnbringend zu erhalten und weiterhin naturnah zu bewirtschaften. Es hat durch die Kinder auch die Bindung aller Templiner Bürger zu ihrem Wald gestärkt. Dies schafft neben einer hohen Akzeptanz, auch ein positives Image für die Stadt, das weit ins Umland ausstrahlt.

S. 20 oben:
Pro gepflanztem Baum erhalten die Kinder 15 Cent für die Klassenkasse. Der Wald ist in der Waldhofschule fester Bestandteil des Unterrichts – ob bei der praktischen Arbeit oder in den Klassenräumen. Prädikat: Sehr wertvoll!

Windbündnis für Waldschutz

Solidarpakte für Windkraftanlagen in Kastellaun/Rheinland-Pfalz



Michael Diemer ist gefragter Experte, wenn es um die Planung und Umsetzung von Windkraftanlagen im Wald geht.

Ganz Deutschland spricht von ihr – der Energiewende. Ziel ist es, nicht weiter auf die Risikotechnologie Atomkraft und endliche Ressourcen wie Öl und Kohle zu setzen. Stattdessen soll die natur- und klimaverträgliche Versorgung mit erneuerbaren Energien konsequent ausgebaut werden. Für die Stromerzeugung in Deutschland spielt Windenergie dabei bereits heute und in Zukunft die wichtigste Rolle. Seitdem Windenergieanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen etabliert sind und erste Windparks auf dem Meer erprobt werden, wächst nun auch die Bedeutung des Waldes als möglicher Standort. Gerade die Windenergie hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur Freunde gemacht. Viele Windkraftanlagen wurden übereilt aufgestellt, ohne die berechtigten Interessen von Anwohnern und Naturschutz ausreichend zu berücksichtigen. Die Windenergienutzung an Land wirkt sich ökologisch dabei vor allem auf einige Vogel- und Fledermausarten aus, die entweder durch Kollisionen tödlich verunglücken oder aus ihren Lebensräumen vertrieben werden.

In Rheinland-Pfalz ist der Waldanteil mit gut 42 Prozent an der Landesfläche vergleichsweise hoch. Die Höhenzüge der Mittelgebirge sind dabei die Gebiete mit dem größten Windvorkommen. Gleichzeitig sind sie fast immer bewaldet und werden nun wegen der Abgeschiedenheit von menschlichen Wohngebieten als neue Windkraft-Standorte in den Blick genommen.

Doch auch hier lassen sich die Konflikte nicht vermeiden: Der Wald ist Heimat zahlreicher Tier- und Pflanzenarten. Für viele Menschen ist er zudem der Inbegriff für eine ursprüngliche Natur. Stehen die Windkraftanlagen mit einer Höhe von bis zu 200 Metern auf den exponierten Lagen der Höhenzüge, sind sie weit sichtbar und verändern somit das Landschaftsbild massiv.

Manche Waldstandorte sind für die Windenergienutzung ungeeignet: Um sie zugänglich zu machen, müssen unzählige Bäume gefällt und Anbindungen zum Stromnetz geschaffen werden. Dazu kommt das hohe Risiko für Vögel und Fledermäuse, getötet zu werden. Besonders ungerechtfertigt sind solche Standorte dann, wenn ausreichend Flächen im Offenland naturverträglicher genutzt werden können. In waldreichen Regionen lässt sich die Windkraft aber nicht kategorisch ausschließen, wenn die Energiewende erfolgreich umgesetzt werden soll. Wichtig ist, dass ökologisch wertvolle Lebensräume erhalten bleiben und der Einfluss auf Tiere und Landschaft so gering wie möglich gehalten wird.

Kleinräumiges Handeln verstärkt das Problem

Solange die Ausweisung von geeigneten Gebieten für Windkraftanlagen in Landschaftsentwicklungsplänen, z. B. Regionalplänen, keine wichtige Rolle spielt, laufen heute die meisten Planungsverfahren auf der Ebene der Kommunen. Gemeinde und Städte werden so zu Wettbewerbern untereinander und konkurrieren zusätzlich mit anderen Landbesitzern, z. B. Privatwaldbesitzern, und dem Landeswald.

Nach dem Motto „Wer zuerst kommt mahlt zuerst“ versuchen Landbesitzer möglichst ihre Windkraftanlagen vor den Nachbarn zu errichten. Das hat zur Folge, dass sie „überall“ in der Landschaft stehen, anstatt konzentriert auf den effektiven Standorten. Die geschaffenen Tatsachen können die benachbarten Landbesitzer in ihrer Planung einschränken, im Einzelfall können sie keine Anlagen aufstellen. Nachvollziehbar wird das eigennützige Handeln hinsichtlich der zum Teil enormen finanziellen Einnahmen für den Waldbesitzer aus den verpachteten Flächen an den Betreiber der Windkraftanlagen. Je Wind-

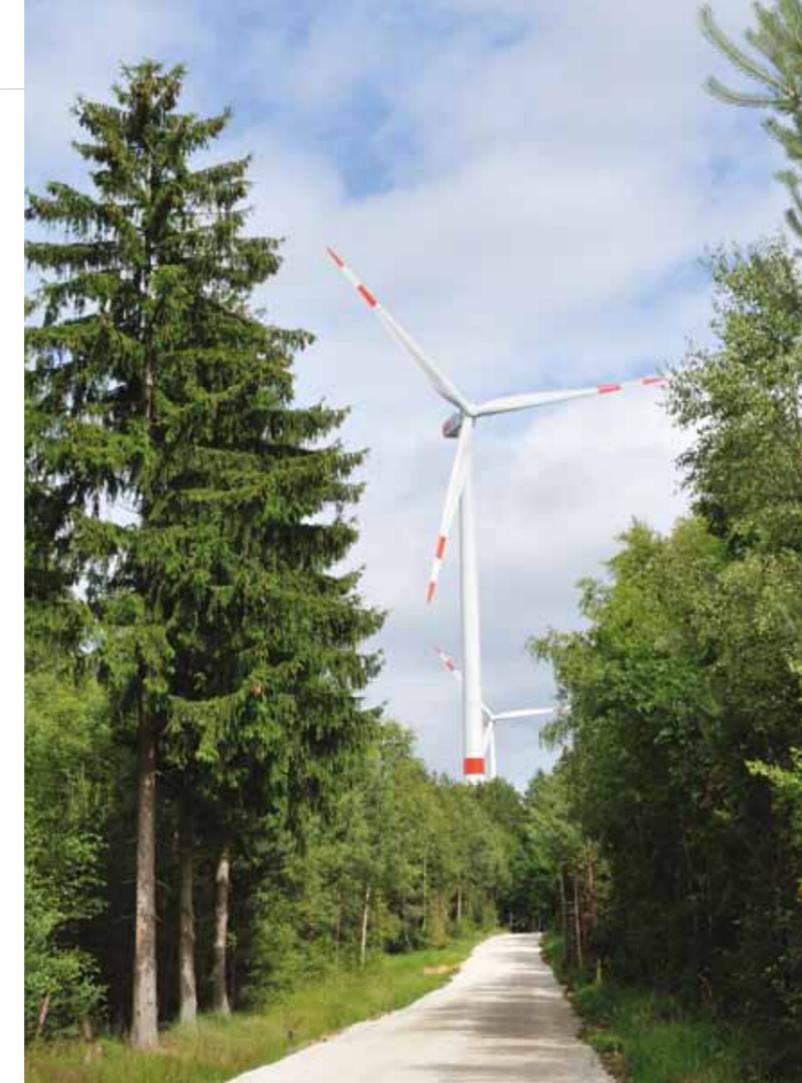
kraftanlage wird heute eine Pacht zwischen 20.000 und 50.000 Euro bezahlt, Summen, die durch die konventionelle Waldbewirtschaftung bei weitem nicht erreicht werden. Dadurch unterscheidet sich die Haushaltslage benachbarter Gemeinden heute bereits erheblich.

Freiwillige Zusammenschlüsse – Windenergie effektiv nutzen und Natur schützen

Diese Entwicklung hat die ersten Kommunen in Rheinland-Pfalz veranlasst, freiwillige Zusammenschlüsse auf Ebene der Verbandsgemeinde einzugehen, sogenannte Solidarpakte.

Die Idee: Die beteiligten Gemeinden am Solidarpakt planen auf der entsprechenden Fläche gemeinsam, wie sie die zukünftige Windenergie nutzen. Dazu werden zunächst verschiedene Gebiete ausgeschlossen, die für Windkraftanlagen nicht in Frage kommen. Dazu zählen Gebiete mit einem geringeren Abstand als 1.000 Meter zu Wohngebieten. Ebenfalls fallen die Bereiche heraus, die für den Natur- und Landschaftsschutz sehr bedeutsam sind, beispielsweise alte Laubholzbestände, Gebiete mit bekannten Vorkommen von Rotmilanen, Schwarzstörchen und Fledermäusen. In einem weiteren Schritt werden nun die Gebiete ausgesucht, die über das größte Windvorkommen verfügen. Hier werden möglichst viele Windkraftanlagen installiert. Dieses Auswahlverfahren führt dazu, dass einzelne Gemeinden keine und andere viele Anlagen, aufstellen können. Je nach Vereinbarung geben Gemeinden mit Windkraftanlagen einen Teil der Pachterlöse im Rahmen des Solidarpakts an die beteiligten Gemeinden ab. Auch die Landesverwaltung beteiligt sich an den Solidarpakts, wenn im Landeswald Windkraftanlagen errichtet werden. Bis zu 30 Prozent der Pachterträge will das Land an die Solidargemeinden abgeben.

So profitieren alle: Durch die großflächigere Planung werden Landschaften und Natur geschützt. Alle am Solidarpakt beteiligten Gemeinden haben durch die Pachterlöse zusätzliche finanzielle Einnahmen, auch wenn auf ihrem Gebiet keine Windkraftanlage steht.



Für eine erfolgreiche Energiewende lässt sich in waldreichen Regionen die Nutzung von Windkraftanlagen im Wald nicht ausschließen. Wichtig ist, dass ökologisch wertvolle Lebensräume erhalten bleiben und der Einfluss auf Tiere und Landschaft so gering wie möglich ist.

Auf einen Blick

Die Idee: Konzentration der Windkraftanlagen auf die effektivsten Standorte bei gleichzeitigem Ausschluss der ökologisch wertvollen Waldgebiete.

Das Besondere: Gemeinden einer Region schließen sich zusammen und planen Windparks gemeinsam. Solidarpakte sorgen für finanziellen Ausgleich untereinander.

Der Ansprechpartner: Michael Diemer, Leiter des Forstamts Kastellaun, Tel. 06762/4085-11, Michael.Diemer@wald-rlp.de



Die Waldwirtschaft von morgen

Visionen und Forderungen aus Sicht des NABU

Nach Überzeugung des NABU kann es sich die Gesellschaft nicht leisten, auf die Umwelt- und Erholungsfunktion ökologisch intakter Wälder zu verzichten. Unsere Wälder sind unersetzbare Lebensräume für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen, die zum Teil stark in ihrem Bestand gefährdet sind. Mit dem Verlust der Artenvielfalt schwindet auch die Fähigkeit der Arten, sich an veränderte Umweltbedingungen anzupassen. Wir brauchen eine zukunftsfähige Waldwirtschaft, eine Waldwirtschaft, bei der trotz einer steigenden Nachfrage nach dem Rohstoff Holz und veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen die walddtypischen Arten- und Lebensgemeinschaften erhalten bleiben. Dies erfordert auf einem Teil der Waldfläche ausreichend große und miteinander vernetzte Schutzgebiete als Rückzugs- und Entwicklungsräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten, in denen sich die Natur ungestört entwickeln kann. Auf dem Rest der Fläche bedarf es einer an hohen ökologischen Maßstäben ausgerichteten Waldbewirtschaftung.

Diese sollte nach Ansicht des NABU nach grundlegenden Prinzipien erfolgen:

Dauerwaldprinzip: Die Wälder werden kahlschlagsfrei bewirtschaftet und zu ungleichaltrigen, strukturreichen Dauerbestockungen entwickelt.

Mischwaldprinzip: Die Waldbewirtschaftung strebt Mischungen mit standortheimischen Baumarten und hoher Vielfalt an.

Prinzip des integrativen Naturschutzes: Während in einzelnen unbewirtschafteten Waldgebieten die „Urwälder von morgen“ heranwachsen, werden auch im Wirtschaftswald Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensraumfunktion geschaffen.

Vorrang der Naturverjüngung: Die Naturverjüngung hat zur Bewahrung des standörtlich angepassten Erbguts autochthoner Baumpopulationen Vorrang vor Saat und Pflanzung. Gleichzeitig wird die genetische Vielfalt gesichert.

Prinzip der Chemiefreiheit: Grundsätzlich wird auf den Einsatz von Pestiziden und Dünger verzichtet.

Anwendung sanfter Betriebstechniken: Arbeitsabläufe und Techniken werden an den Bedürfnissen einer bodenschonenden, wald- und menschenfreundlichen sowie energiesparenden Technik ausgerichtet.

Prinzip der GVO-Freiheit: Es gibt keinen Einsatz gentechnisch veränderter Organismen.

Prinzip Wald vor Wild: Das jagdliche Management gewährleistet eine gute Naturverjüngung und erhält die natürliche Baumartenvielfalt.

Wie geht es Ihrem Kommunalwald?

Teilen Sie dem NABU und dem DStGB Ihre Erfahrungen mit

In seinen Projekten setzt sich der NABU unter anderem für die Erhaltung der Lebensraum- und Artenvielfalt ein, um sie für die heutige Gesellschaft und für kommende Generationen zu sichern. Eine wichtige Rolle spielt dabei eine nachhaltige Waldwirtschaft, die unsere Wälder nutzt, aber auch schützt und bewahrt. Ein Ziel des NABU ist es deshalb, dass Kommunalwälder in Deutschland eine Zukunft haben.

Mit dieser Broschüre möchten wir Sie inspirieren und Ihnen Anregungen für neue Wege bei der Bewirtschaftung von Kommunalwäldern geben. Wir freuen uns, wenn Sie Ideen aufgreifen können oder neue entwickeln, um vielleicht gemeinsam mit anderen die Zukunft Ihres Kommunalwaldes erfolgreich zu gestalten.

Hat sich aufgrund der Broschüre in Ihrem Wald etwas verändert, konnten Sie zum Beispiel Projekte mit neuen Partnern initiieren? Dann lassen Sie es uns wissen! Teilen Sie dem NABU Ihre Erfahrungen und Erfolge mit – auf diese Weise können weitere, sinnvolle Projekte für unsere Wälder angestoßen werden.

Ihre Ansprechpartner beim NABU-Bundesverband und DStGB:

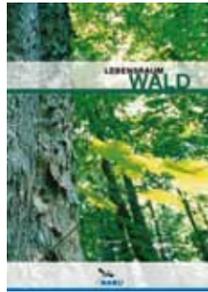
Stefan Adler (NABU-Waldreferent)
Tel. 030.28 49 84-16 23
Stefan.Adler@NABU.de oder Info@NABU.de

Ute Kreienmeier
(DStGB-Referatsleiterin Kommunalwald)
Tel. 0228.95 96-227
Ute.kreienmeier@dstgb.de



Informieren und engagieren

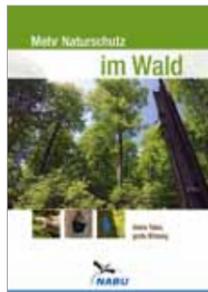
Lebensraum Wald



In dieser Broschüre möchten wir Sie zu einer Reise durch Wälder einladen, so wie wir sie erhalten und wieder wachsen lassen möchten. Staunen Sie mit uns, wie vielseitig und faszinierend ein gesunder Wald sein kann. Eine Entdeckungsreise durch eine Welt der Wunder, die es zu bewahren lohnt.

Artikelnr. 5205, Preis: 2,00 Euro

Mehr Naturschutz im Wald



Oft sind nur kleine Taten nötig, um den Lebensraum Wald struktur- und artenreicher zu gestalten. Doch der NABU fordert nicht einfach nur mehr Naturschutz im Wald, sondern hat mit dieser Broschüre eine praktische Hilfe für Waldbesitzer erstellt, mit der wichtige Maßnahmen leicht umgesetzt

werden können. Vom Biotopbaum über die Wiederbewaldung von Sturmflächen bis hin zur staatlichen Förderung – zahlreiche Checklisten und Bilder aus der Praxis zeigen Beispiele für mehr Naturschutz im Wald.

Artikelnr. 5211, Preis: 1,50 Euro

Biotopbaumschablone



Mit ihr können Waldbesitzer und Waldbewirtschafter ausgewählte Biotopbäume schnell und dauerhaft markieren. So verhindern sie, dass der Baum unabsichtlich gefällt wird und erhalten ihn als Lebensraum zahlreicher Tiere.

Artikelnr. 5212, Preis: 1,50 Euro

Waldwirtschaft 2020



Steigende Holzpreise und Nutzungsintensivierungen scheinen das Ziel der nachhaltigen Waldbewirtschaftung vielerorts in Vergessenheit geraten zu lassen. Zusätzlich ist der Wald durch Schadstoffe und den Klimawandel stark belastet. Mit dem vorliegenden Strategiepapier bringt der NABU sein

Konzept für eine zukunftsfähige Waldwirtschaft in die aktuelle Diskussion ein.

Artikelnr. 5206, Preis: 2,50 Euro

Das Strategiepapier liegt auch als 6-seitige Kurzfassung vor.

Artikelnr. 5213, kostenlos

Bezug: Alle Materialien erhalten Sie beim NABU Natur Shop, Gutenbergstr. 12, 30966 Hemmingen, Tel. 0511.89 8138-0, Fax 0511.89 81 38-60, Info@NABU-Natur-Shop.de oder unter www.NABU.de/shop. Die Preise sind jeweils zzgl. Versandkosten.

Zukünftige Urwälder schützen



Der NABU setzt sich dafür ein, den Wald als wertvolles Ökosystem für uns und unsere Nachfahren zu bewahren. Als Wald-Pate engagieren Sie sich für den Schutz der letzten unberührten Wälder und für eine Forstwirtschaft, die die Vielfalt im Wald erhält. Für



jede neue Waldpatenschaft pflanzen wir einen Baum auf unseren NABU-Flächen, wo er ungestört wachsen kann. Als Wald-Pate bekommen Sie eine Patenurkunde, ein Infoposter und unsere „Paten-Post“, in der wir Sie zweimal im Jahr über Neuigkeiten aus unseren Wald-Projekten informieren. Werden Sie Wald-Pate und unterstützen Sie die faszinierende Vielfalt unserer Wälder!

www.NABU.de/paten



NABU vor Ort

NABU-Bundesverband
Charitéstraße 3
10117 Berlin
Tel. 030.28 49 84-0
Fax 030.28 49 84-20 00
NABU@NABU.de
www.NABU.de

NABU Baden-Württemberg
Tübinger Straße 15
70178 Stuttgart
Tel. 07 11.9 66 72-0
Fax 07 11.9 66 72-33
NABU@NABU-BW.de
www.NABU-BW.de

NABU-Partner Bayern – Landesbund für Vogelschutz (LBV)
Eisvogelweg 1
91161 Hilpoltstein
Tel. 0 91 74.47 75-0
Fax 0 91 74.47 75-75
Info@LBV.de
www.LBV.de

NABU Berlin
Wollankstraße 4, 13187 Berlin
Tel. 030.9 86 41 07
oder 9 86 08 37-0
Fax 030.9 86 70 51
LvBerlin@NABU-Berlin.de
www.NABU-Berlin.de

NABU Brandenburg
Lindenstraße 34, 14467 Potsdam
Tel. 03 31.2 01 55-70
Fax 03 31.2 01 55-77
Info@NABU-Brandenburg.de
www.NABU-Brandenburg.de

NABU Bremen
Contrescarpe 8, 28203 Bremen
Tel. 04 21.3 39 87 72
Fax 04 21.33 65 99 12
Info@NABU-Bremen.de
www.NABU-Bremen.de

NABU Hamburg
Klaus-Groth-Straße 21
20535 Hamburg
Tel : 040.69 70 89-0
Fax: 040.69 70 89-19
Service@NABU-Hamburg.de
www.NABU-Hamburg.de

NABU Hessen
Friedenstraße 26, 35578 Wetzlar
Tel. 0 64 41.6 79 04-0
Fax 0 64 41.6 79 04-29
Info@NABU-Hessen.de
www.NABU-Hessen.de

NABU Mecklenburg-Vorpommern
Arsenalstraße 2, 19053 Schwerin
Tel. 03 85.7 58 94 81
Fax 03 85.7 58 94 98
LGS@NABU-MV.de
www.NABU-MV.de

NABU Niedersachsen
Alleestraße 36
30167 Hannover
Tel. 05 11.91 10 5-0
Fax 05 11.9 11 05-40
Info@NABU-Niedersachsen.de
www.NABU-Niedersachsen.de

NABU Nordrhein-Westfalen
Merowingerstraße 88
40225 Düsseldorf
Tel. 02 11.15 92 51-0
Fax 02 11.15 92 51-15
Info@NABU-NRW.de
www.NABU-NRW.de

NABU Rheinland-Pfalz
Frauenlobstraße 15–19
55118 Mainz
Tel. 0 61 31.1 40 39-0
Fax 0 61 31.1 40 39-28
Kontakt@NABU-RLP.de
www.NABU-RLP.de

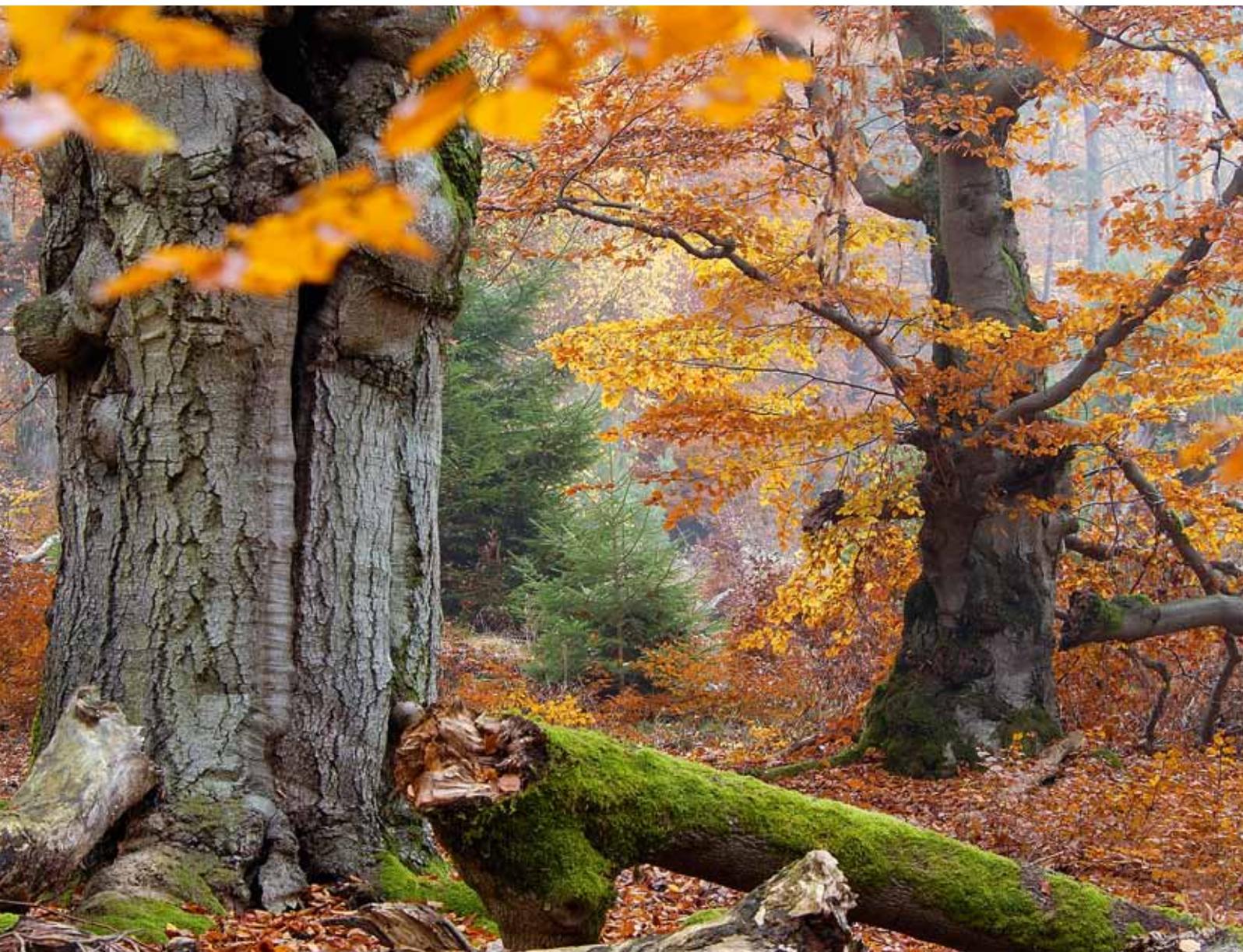
NABU Saarland
Antoniusstraße 18, 66822 Lebach
Tel. 0 68 81.93 61 9-0
Fax 0 68 81.93 61 9-11
LGS@NABU-Saar.de
www.NABU-Saar.de

NABU Sachsen
Löbauer Straße 68
04347 Leipzig
Tel. 03 41.23 33 13-0
Fax 03 41.23 33 13-3
Landesverband@NABU-Sachsen.de
www.NABU-Sachsen.de

NABU Sachsen-Anhalt
Schleiufer 18a,
39104 Magdeburg
Tel. 03 91.5 61 93-50
Fax 03 91.5 61 93-49
Mail@NABU-LSA.de
www.NABU-LSA.de

NABU Schleswig-Holstein
Färberstraße 51,
24534 Neumünster
Tel. 0 43 21.5 37 34
Fax 0 43 21.59 81
Info@NABU-SH.de
www.NABU-SH.de

NABU Thüringen
Leutra 15, 07751 Jena
Tel. 0 36 41.60 57 04
Fax 0 36 41.21 54 11
LGS@NABU-Thueringen.de
www.NABU-Thueringen.de



Kommunalwäldern kommt eine besondere Bedeutung zu, sie gehören Ihnen als Bürgerinnen und Bürgern der Stadt oder Gemeinde. Ihr Wert ist vielfältig: Die Waldbewirtschaftung sichert lokale Arbeitsplätze und trägt mit ihren Einnahmen zum kommunalen Haushalt bei. Die Bevölkerung nutzt die Wälder, um Sport zu treiben, sich zu erholen oder Brennholz zu gewinnen. Darüber hinaus finden zahlreiche Tiere und Pflanzen hier ihren unersetzbaren Lebensraum. Doch die finanzielle Not zwingt viele Kommunen darüber nachzudenken, den

Wald intensiver zu bewirtschaften oder sogar zu verkaufen – mit zahlreichen negativen Folgen. In dieser Broschüre stellen der NABU und der Forstausschuss der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände „Deutscher Kommunalwald“ acht Thesen für eine positive Zukunft des Kommunalwaldes vor. Ausgewählte Projekte zeigen wie der Wald mit neuen Konzepten – unter besonderer Berücksichtigung von Naturschutzziele – bewirtschaftet werden kann, ohne dabei auf finanzielle Einnahmen zu verzichten.